

Zeitschrift: Profil : sozialdemokratische Zeitschrift für Politik, Wirtschaft und Kultur
Herausgeber: Sozialdemokratische Partei der Schweiz
Band: 46 (1967)
Heft: 5

Rubrik: Profile der Weltpolitik

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 31.01.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

schaftslage und diese dann entsprechende Sozialleistungen einschliesslich Altersfürsorge ermöglichen.

— Wasser wird schwarz gehandelt werden, bis es durch eine gewaltige Steigerung der Wasserreservoire und Verteilungssysteme ausreichend vorhanden sein wird.

— Die notwendigen Irrigationsbauten benötigen enorme Kapitalien, die nur durch eine entsprechende Produktionssteigerung unter gleichzeitiger Zurückbindung der Konsumwünsche erwirtschaftet werden können.

Die indische Regierung sieht sich also vor einer fast unlösbarer Aufgabe, denn wo soll sie in diesem Teufelskreis beginnen. Schon als sie wagte, ans Tabu der heiligen Kühe zu röhren, kam es zu einem nationalen Aufruhr. Das Ergebnis zeigt sich jetzt in den Wahlen, im Aufstand der reaktionären Kräfte. Viel Geduld und Aufklärung wäre nötig, doch hat Indien keine Zeit, denn die Fragen sollten in kürzester Frist gelöst werden können. Wird sich die Regierung mit starker Hand und tatkräftiger ausländischer Wirtschaftshilfe durchsetzen können, oder wird es zu einer Radikalisierung der politischen Lage kommen? Anzeichen sind genügend vorhanden. Im stark betroffenen Gliedstaat Kerala zum Beispiel haben wiederum die Kommunisten die Wahlen gewonnen, was als Ausdruck der Unzufriedenheit gewertet werden kann.

Indien sieht jedenfalls schweren Zeiten entgegen, und der regierenden Kongresspartei ist zu wünschen, dass sie den Fortschritt gegen die sture Tradition bald zum Siege führen kann.

Profile der Weltpolitik

Weltraumrennen steht unentschieden

Nach dem Tod der drei amerikanischen Kosmonauten Grissom, White und Chaffee, die in ihrer Geminikapsel verbrannten, und dem Unglück des russischen Obersten Wladimir Komarow in seinem Raumschiff Sojus stellte man sich wieder einmal unwillkürlich die Frage nach dem Warum dieser Anstrengungen und Opfer zur Eroberung des Raumes. Milliarden von Dollar und Rubel werden aufgewendet zum Bau und zur Ausrüstung von Satelliten und Raumschiffen, zur Erschliessung des Kosmos und zur Eroberung des Mondes und der Planeten. Man mag finden, diese Riesen- summen könnten besser verwendet werden, zum Beispiel zur Bekämpfung des Hungers und des Elends in den Entwicklungsländern.

Der Entdeckerwillen hat im Menschen schon seit jeher eine grosse Rolle gespielt, die Abenteuerlust, die Jagd nach dem Fernen, Unbekannten, das Streben nach dem scheinbar unerreichbaren Ziel. Das mag auch bei der

Eroberung des Raumes eine Rolle spielen, aber die Hauptgründe der Jagd, des Rennens zwischen Amerika und der Sowjetunion, sind militärischer und politischer Natur. Nach dem atomaren Patt könnte sich die eine oder andere der beiden Supermächte durch die Vorherrschaft im Raum auch auf der Erde einen militärischen und politischen Vorteil verschaffen. Darum sind die Weltraumstarts, die Erfolge oder Misserfolge, eine Prestigeangelegenheit erster Ordnung.

Mit dem Start von Sojus hatte die Sowjetunion einen Coup geplant, der mit dem kommunistischen Gipfeltreffen in Karlsbad und den Maifeiern zusammenfallen und bereits einen Glorienschein auf die 50-Jahr-Feiern der Oktoberrevolution werfen sollte. Nach den erhaltenen Informationen stellte Sojus die erste Vorstufe zur Landung auf dem Mond dar. Neben Komarow waren im russischen Kosmodrom von Baikonur weitere Kosmonauten startbereit, so dass angenommen werden kann, die Russen hätten ein grosses Aussteige- und Kopplungsmanöver im Raum vorgehabt. Ein Erfolg von Sojus hätte den Sowjets einen grossen Vorsprung vor den Amerikanern eingebracht, besonders nach dem Gemini-Unglück.

Nach dem Sojus-Unglück steht das Weltraumrennen wieder unentschieden. Die Amerikaner konnten ja durch das Gelingen des Projektes mit der Mondsonde Surveyor, die die Mondoberfläche aufkratzt, ihr Prestige wieder etwas aufpolieren.

Der Tod der Kosmonauten hat beidseits den Übermut etwas gedämpft und die Techniker wieder auf die Grenzen ihrer Leistungsfähigkeit aufmerksam gemacht, denn auch die Computer können sich irren, und die scheinbar perfektste Perfektion unterliegt dem menschlichen Irren.

James Webb, der Chef der amerikanischen Raumbehörde, zog denn auch die Lehren aus den Menschenopfern. Er forderte die Russen zu gemeinsamer Arbeit auf, zum Bündnis beim abenteuerlichen Vorstoss ins All. Ein solches Bündnis käme nicht nur der Wissenschaft zugute, sondern wäre eine Grosstat auf dem Wege zur politischen Entspannung und zum Frieden.

Europa sein oder nichts

«Es ist kein Platz mehr in der Welt für bloss nationale Grösse. Wir werden Europa sein oder nichts», das schrieb kürzlich Salvador de Madariaga. Dieser Worte wurde man sich besonders am Europatag eingedenk, der am 5. Mai zum drittenmal begangen wurde. Der 5. Mai erinnert an die Gründung des Europarates am 5. Mai 1949, an die Gründung jenes überstaatlichen Parlaments in Strassburg, das keine Beschlüsse fassen kann, sondern bloss den europäischen Regierungen Anregungen vermittelt, an die Gründung jenes Europarates, der zu einer Stätte der Begegnung und des fruchtbaren Gesprächs geworden ist.

Kein Platz mehr für nationale Grösse! Diese einfache Wahrheit ist leider noch nicht bei allen Regierungen und Staaten durchgedrungen. Der Europatag soll daran erinnern, er soll uns zeigen, dass wir vor allem Europäer sind, und nicht in erster Linie Schweizer oder Franzosen oder Deutsche; in erster Linie Menschen mit einem Schicksal, mit einer europäischen Bestimmung.

Der schweizerische Bundesrat verlieh dem Tag seine besondere Bedeutung, indem er zum erstenmal offiziell den Europatag beging. Ein kleines äusseres Symbol war die erstmalige Hissung der Europafahne auf dem Bundeshaus.

Für uns Schweizer ist es besonders wichtig, dass wir grossräumiger denken, dass wir erkennen, dass wir ein schicksalhafter Teil Europas sind, dass wir noch mehr bereit sind, unseren Beitrag zur europäischen Gemeinschaft zu leisten. Doch haben wir im Landesinneren unsere föderalistischen Probleme. Wie sollen wir als Europäer denken, fühlen und handeln, wenn wir oft Mühe haben, als Schweizer zu denken, zu fühlen und zu handeln. Zu sehr sind wir noch Berner, Zürcher, Basler oder Appenzeller, ja sogar Seldwyler oder Hinteroberdörfeler. Wenn wir Europäer werden wollen, müssen wir bei uns selber beginnen, grösser und weiter zu denken, zu fühlen, zu handeln.

Die Europa-Union, die schweizerische Bewegung für die Einigung Europas, schrieb in ihrem Aufruf zum Europatag unter anderem:

«Angesichts der Integration in der EFTA und insbesondere in der EWG liegt es im Interesse der Schweiz, ihre Wirtschafts-, Finanz- und Steuerpolitik und ihre Sozial- und Wirtschaftsgesetzgebung auf die Ordnung auszurichten, die in unserer europäischen Umwelt entsteht. Auch die lange über jeden Zweifel erhabenen Grundlagen und Formen unseres Staatsgebäudes und unserer Verfassungsordnung — Unabhängigkeit, Gesetzgebungsautonomie, Föderalismus, direkte Demokratie, Neutralität, Stellung der Frau — müssen im Lichte dieser Entwicklung überdacht werden: schon heute und ganz besonders bei Anlass der kommenden Totalrevision der Bundesverfassung.

Gefahr einer Ausweitung des Vietnamkrieges

Während sich der amerikanische Präsident Lyndon Johnson gegen aussen unverbindlich optimistisch gibt und erklärt: «Der Frieden kommt bestimmt, möglicherweise schneller, als wir heute zu hoffen wagen», sagte UNO-Generalsekretär U Thant in Genf: «Die Gefahr einer Ausweitung des Vietnamkrieges zu einem internationalen Konflikt ist heute grösser als vor einem Jahr.»

Die Fronten sind starr, niemand ist bereit, auch nur einen Schritt nachzugeben. U Thants Friedensplan wurde abgelehnt. Der Krieg wird wenn

möglich noch härter, noch grausamer. Während Johnson seine Friedensliebe betont, sind seine Militärs in Vietnam daran, grosse Stützpunkte zu bauen, um ihre Operationsbasen zu verbessern. Ein amerikanischer General erklärte dazu einem Reporter: «Glauben Sie, dass wir all dies hier hinzubauen, um in einem Jahr abzuhauen?» Die Amerikaner installieren sich in Vietnam, und die Zeitschrift «Newsweek» schreibt: «Die Militärs machen überhaupt kein Hehl daraus, dass die USA mindestens für 15 bis 20 Jahre in Vietnam militärisch präsent bleiben müssen.» Die Amerikaner glauben also nach wie vor an ihre Missionsaufgabe.

Hinter den Bemühungen der Amerikaner, in Vietnam präsent zu bleiben, steckt Johnsons Glaube an die Dominotheorie Eisenhowers und Dulles', die Dominotheorie, die besagt, dass Vietnam gehalten werden müsse, sonst würden auch Laos, Kambodscha, Thailand und schliesslich Indien in kommunistische Hände fallen. Die Amerikaner sehen hinter dem Vietkong China, und offenbar sind die Militärs der Ansicht, dass es eines Tages zu einer Auseinandersetzung mit dieser aufstrebenden Weltmacht kommen müsse.

Inzwischen führen die USA in Vietnam den drittgrössten Krieg ihrer Geschichte. Allein in diesem Jahr dürften die Ausgaben in Vietnam auf 27 Milliarden Dollar (110 Milliarden Franken) steigen, davon sind nur 30 Millionen für das wirtschaftlich wichtige Pazifizierungsprogramm vorgesehen. Die Hauptanstrengungen werden also auf die kriegerische Auseinandersetzung gelegt, und Präsident Johnson ist in seinen Entscheidungen ganz auf die Linie der Militärs eingeschworen.

Als 1954 die Franzosen in Indochina am Rande der Niederlage standen, entschied sich Präsident Eisenhower gegen ein militärisches Eingreifen der USA. Seine Unentschlossenheit und sein Zaudern bewahrten Amerika vor der Situation, in die es nun von Präsident Johnson hineinmanövriert wurde. Eisenhower hörte auf den Rat Churchills, der vor einer Operation warnte, «die für sich wirkungslos wäre und die Welt leicht an den Rand eines grossen Krieges bringen könnte».

Und ein gewisser Senator John F. Kennedy, der spätere Präsident, warnte schon 1954: «Offen gesagt, glaube ich, dass auch die umfangreichste militärische Hilfe der USA in Indochina nicht ‚einen Feind des Volkes‘ überwinden kann, der die Sympathien und die versteckte Unterstützung des Volkes geniesst. Wenn die Vereinigten Staaten unilateral intervenieren und Truppen in das schwierigste Terrain der Welt schickten, in dem die Chinesen eine unbegrenzte Truppenzahl aufbieten können, wären wir in einer weit schwierigeren Lage als selbst in Korea. Mir scheint, es wäre eine hoffnungslose Lage.»

Aber am schärfsten tönte es von der Seite des Senators Lyndon B. Johnson: «Die Vereinigten Staaten laufen eindeutig Gefahr, wehrlos und allein in einer feindlichen Welt zurückzubleiben.» Vielleicht erinnert sich Präsident Johnson an die Worte des Senators Johnson. Otto Schmidt